

Sündermann Dresden beauftragt, den Partei-Vorstand zu beauftragen, das Referat über die Wohnungsfrage eventuell erweitert als besondere Broschüre herauszugeben.

Fischer Berlin bittet, es der persönlichen Verständigung zwischen ihm und Sündermann zu überlassen, ob neben dem Protokoll noch eine besondere Broschüre notwendig ist.

Auf Grund dieser Erklärung Fischer's wird der Antrag Sündermann abgelehnt.

Nachmittags-Sitzung.

2 1/2 Uhr. Vorjäger Singer. Zur Verhandlung gelangt der Bericht der Reuener-Kommission über die **Beschwerde von Lange-Berlin** v. **Böhle**-Straßburg berichtet: Lange war Vertrauensmann und hätte Verkehr mit einem Beamten der politischen Polizei. Das ist nachgewiesen, wenn auch nicht, daß er materiellen Vortheil aus diesem Verkehr gezogen hat. Ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz von Pfannkuch hat mit 6 gegen 1 Stimme seinen Ausschluß beschlossen. Er führt in seiner Beschwerde zu seiner Entschuldigung an, er habe nicht gewußt, daß er von dem Verkehr mit dem Polizeispitzel seinen Genossen hätte Mittheilung machen müssen, und auch nicht, welche Nachtheile der Verkehr mit einem Spitzel für ihn haben müsse; er sei noch zu jung in der Parteibewegung. Die Reuener-Kommission hat nun festgestellt, daß Herr Lange in der That ein etwas beschränkter Mensch ist, der für die Angelegenheiten der Partei wenig Verständnis hat. Die Reuener-Kommission spricht daher ihre Bekremden darsteller aus, daß der kleinste Berliner Wahlkreis einen solchen Menschen zum Vertrauensmann machen konnte. Die Beschwerde des Herrn Lange über den Ausschluß hat die Kommission zurückgewiesen und beantragt:

„Es ist durch Beugen und Eingeständniß des Angeklagten festgestellt, daß er am 21. August 1900 als Spitzel entlarvte Freund Lange's in dessen Wirtschaft vordem bereits über ein halbes Jahr verkehrte. Von diesem Verkehr gab Lange weder den Genossen noch seinem anderen Vertrauensmann des Kreises Kenntniß. Ja, Lange förderte sogar den Verkehr des Spitzels in der Wirtschaft des Genossen Drescher und die gemeinsamen Aktionen des Spitzels mit dem in dem Hause Drescher's wohnenden Photographen. Die Verheimlichung des Verkehrs Lange's mit dem Spitzel sah das Schiedsgericht, welches unter dem Vorsitz des Genossen Pfannkuch tagte, sowie auch die Reuener-Kommission als einen so groben Vertrauensbruch an, daß ein solcher mit der Ehre eines Parteigenossen unvereinbar sei und den Ausschluß Lange's aus der Partei rechtfertigt.“

Es wird beantragt, den Rekurs des Herrn Karl Lange, Gastwirth zu Berlin, als unbegründet zu verwerfen.

Real-Berlin: Den gegen die Genossen des 5. Berliner Wahlkreises gerichteten Vorwurf muß ich zurückweisen. In Folge von Eireitigkeiten, die dazu führten, daß die beiden Vertrauensmänner im letzten Augenblick ablehnten, wurde Lange sozusagen als Rothnagel gewählt und zwar mit Rücksicht darauf, daß er schon 11 oder 12 Jahre eine hervorragende Stelle in der Schuhmachergesellschaft eingenommen hatte; man hielt ihn daher für das Amt eines Vertrauensmannes für geeignet. Ich selber, der ihn kannte, habe ihm solche Dummheit oder Schlechtigkeit nicht zugetraut.

Frau Steinbach: Parteigenosse kann er natürlich nicht sein; aber ich halte ihn für mehr dumm als schlecht.

Singer Berlin: Er ist zu uns mit dem Spitzel in öffentliche Versammlungen gekommen, wo man im Gespräch das Wort ja nicht immer auf die Geld-

wage legt. Dumm sein — meinetwegen: aber wer in seiner Dummheit zum Berräter an der Partei wird, hat bei uns nichts zu suchen.

Der Parteitag beschließt gemäß dem Antrag der Reuener-Kommission.

Hierauf gelangt zur Besprechung die **Beschwerde des Genossen Dreger aus Kassel.**

Böhle berichtet darüber, daß der „Vorwärts“ eine Annonce von ihm nicht aufgenommen hat. Da der Beschwerdeführer das wichtigste Dokument nicht mit eingekandt hat und die Kommission im Uebrigen der Meinung ist, daß es sich hierbei um eine bloße Lokalangelegenheit handelt, die den Parteitag nicht zu beschäftigen hat, beantragt die Kommission, über die Beschwerde zur Tagesordnung überzugehen.

Thöne-Kassel: Das „wichtigste Dokument“ ist eine Annonce, worin sich Dreger beschwert, daß die Baugenossenschaft ihn nicht als Mitglied haben will. Diese Annonce wollte er auch im „Vorwärts“ veröffentlichen, aber der „Vorwärts“ nahm sie, ich weiß nicht aus welchen Gründen, nicht auf.

Pfannkuch: Ich kenne den Genossen Dreger, er war Jahre lang mein Hauswirth und glaubt, ich sei ihm zu besonderem Dank verpflichtet, obgleich ich meine Miethe wie jeder Andere bezahlt habe. Nachdem Dreger alle Verurtheilungs- und Beschwerdeinstanzen erschöpft hatte, wandte er sich an die Redaktion des „Vorwärts“ und den Partei-Vorstand mit dem Ersuchen, durch Veröffentlichung seines Materials im Zentralorgan seine Sache zu fördern. Hierzu suchte Dreger meine Bestürwortung nach, die ich nach Lage und Kenntniß der Sache ablehnte. Es handelt sich um eine reine Privatangelegenheit, die die Partei nichts angeht. Hiermit schließt die Debatte.

Nach einem Schlußwort des Referenten Böhle geht der Parteitag entsprechend dem Antrag der Beschwerdekommmission zur Tagesordnung über.

Damit ist der Bericht der Beschwerdekommmission erledigt.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: **Anträge zum Programm** liegt nur der Antrag 17 vor, der bereits durch den Beschluß zur Wohnungsfrage erledigt ist.

Nunmehr gelangt zur Behandlung Punkt 8 der Tagesordnung: **Sonstige Anträge.**

Von diesen beziehen sich die Anträge 18—26, 30, 31, 100, 101, 33 und 34 auf die Organisation.

Singer: Mit Ausnahme der Anträge 33 und 34 bezwecken alle diese Anträge eine Aenderung des § 2 unseres Organisationsstatuts. Ich schlage vor, alle diese Anträge von der Tagesordnung abzulösen (sehr richtig!), indem ich der Hoffnung Ausdruck gebe, daß unsere Partei bis zum nächsten Jahre wohl noch leben und bestehen wird und daß wir dann bei einer günstigeren Geschäftslage darüber verhandeln können.

Orb-Offenbach: Ich bitte, die Anträge der neuen Parteileitung als Material zu überweisen, damit sie uns auf dem nächsten Parteitag Vorschläge zwecks Aenderung des Organisationsstatuts machen kann.

Singer: Wenn die Parteileitung dem nächsten Parteitag Vorschläge zur Aenderung des Statuts machen soll, dann müssen wir doch über die Anträge debattiren. Was ich will, ist etwas Anderes, ich will die ganze Angelegenheit dem nächsten Parteitag überweisen.

Orb: Nein. Durch die Ueberweisung an die Parteileitung verpflichten wir diese zu nichts; wir geben ihr damit nicht die bindende Marschroute, daß sie unbedingt im Sinne der Anträge uns Vorschläge machen muß.

Singer: In dieser Form bin ich mit dem Antrage einverstanden; denn dann existirt ja keine Differenz mehr zwischen uns.

Der Parteitag beschließt dem Antrage Singer's entsprechend.

Die Anträge 19—26, 30, 31, 109 und 101 sind alle von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Anträge 83 und 84 werden nicht unterstützt.

Der zur Taktik gestellte Antrag 18 wird ebenfalls nicht genügend unterstützt.

Der Antrag 82 ist für den Fall der Aufhebung des Schiedspruchs über die Hamburger Nordmaurer gestellt.

Singer: Da der Hamburger Schiedspruch nicht aufgehoben worden ist, ist dieser Antrag gegenstandslos ge worden. (Zustimmung.)

Der Antrag 54 von O. Baader und Genossinnen fordert, daß die Genossen die von den Genossinnen für die nächste Zeit vorbereiteten Frauenversammlungen in jeder Weise zu unterstützen haben.

Singer: Ich glaube, daß wir etwas Selbstverständliches nicht erst zu beschließen brauchen. Mit dieser Erklärung kann der Gegenstand wohl als erledigt angesehen werden. (Zustimmung.)

Den Antrag 88 (bei der Aufstellung von Kandidaten zur Reichstagswahl so viel wie möglich Männer aus Arbeiterkreisen zu nehmen) begründet

Ab. Hoffmann-Berlin: Dem Wunsch, bei der Aufstellung von Kandidaten zur Reichstagswahl soviel wie möglich Männer aus Arbeiterkreisen zu nehmen, wird ja von der großen Mehrzahl der Genossen zugestimmt werden. Leider kann der Parteitag darüber nicht beschließen, sondern es muß den Genossen in den Wahlkreisen selbst überlassen werden. (Sehr richtig!) Berlin selbst hat ja in dieser Beziehung leider ein schlechtes Beispiel gegeben. Der Parteitag wird den Antrag nicht dem Vorstand, sondern denen, die Wahlmandate zu vergeben haben, zur Berücksichtigung überweisen müssen.

Singer: Haben Sie den Antrag gestellt, den Antrag 68 den Wahlkreisen zur Berücksichtigung zu überweisen? (Geisterleit.)

Hoffmann: Ja.

Der Parteitag beschließt mit Mehrheit demgemäß. (Geisterleit.)

Die Anträge 89 (daß jeder Kandidat politisch organisiert sein müsse) und 96 (daß die Gewerkschaftsverbände die Parteibeschlüsse mehr respektieren sollen) werden nicht genügend unterstützt.

Den Antrag 107 (auf Herausgabe eines Flugblattes gegen die Gefindeordnung) begründet

Siebenecker-Wostenbrügge: Wir haben den Antrag gestellt, weil, so lange die Dienstboten nicht wissen, daß sie unter einer Gefindeordnung stehen, sie nicht aufgeklärt sind. Es geht ihnen da wie den Ohren, die Hörner haben, aber nicht wissen, daß sie sich damit gegen den Feind wehren können. Auf dem Flugblatt muß auch das Erfurter Programm abgedruckt werden.

Stadthagen: Ich beantrage, den Antrag der medienburgischen Genossen dem Vorstand zur Berücksichtigung zu überweisen. Ein einseitiges Flugblatt geht nicht an, weil wir in den verschiedenen Staaten ja verschiedene Gefindeordnungen haben.

Partels-Albed: So gut der Antrag gemeint ist und so sehr auch wir bestrebt sind, die ländlichen Arbeiter in dem Obotritenlande über die Gefindeordnung aufzuklären, so wird der Antrag in seiner gegenwärtigen Form seinem Zweck nicht erfüllen. Es muß das Aufgabe der einzelnen Landesorganisationen sein. Die Form eines Flugblattes ist hierfür auch nicht geeignet. Ein Flugblatt wird wenig oder garnicht gelesen. Ganz anders ist es mit einem Kalender; ein solcher wird von der Landbevölkerung mit Freude aufgenommen, aufbewahrt und auch, wenn der ländliche Arbeiter eine freie Stunde hat, gelesen.

Der Parteitag beschließt Überweisung des Antrags 107 an den Partei-Vorstand.

Antrag 85 (bei Differenzen in Parteigeschäften durch Schiedsgerichte ausgeglichen werden sollen) wird nicht unterstützt.

Den Antrag 86 (auf Errichtung ständiger Parteipresse-Mechanoren) begründet **Windhoff-Düsselhof:** Man muß staunen, wie viel Geld unsere Presse veranschlagen hat, es sind in den letzten 10 Jahren mehr als eine Million Mark. Oft wird einfachen Arbeitern, die keine Buchführung kennen, die geschäftliche Leitung der Presse übertragen und dadurch rettet die Wirtschaft ein. Es wird gelagt, die Blätter, die keinen Zusatuz brauchen, brauchen nicht revidiert zu werden, aber wer garantiert uns denn, daß diese Blätter immer so florieren? Nehmen Sie den Antrag an!

Kiesel-Berlin: Der Antrag bürdet dem Partei-Vorstand eine große Last auf, er stellt ferner den geschäftlichen Leitern von lokalen Organen das Zeugnis der Unfähigkeit aus, es wird, wenn er angenommen wird, nötig sein, besoldete Revisorien anzustellen, die immer auf Reisen sind. Der Antrag ist also praktisch ganz undurchführbar, ich bitte ihn abzulehnen.

Thiele-Galle bittet den Antrag nicht strikte abzulehnen. In der vorliegenden Form könne er allerdings nicht angenommen werden, wohl aber kann er ganz unverbündlich der neuen Parteileitung zur Erwägung überwiesen werden.

Frohne: Der Antrag ist ganz unannehmbar, in welcher Form er auch gefaßt wird. Wir haben 74 Parteiblätter. Soll jedes halbjährlich einmal kontrolliert werden und werden für jede Kontrolle vier Tage etwa gerechnet, dann müßten wir erst dafür sorgen, daß das Jahr 2—300 Tage mehr als jetzt hat und außerdem müßte die Kommission ständig auf Reisen sein. Auf diesem Wege ist nichts zu erreichen, um etwaige Mißstände zu beseitigen. Die Genossen in den einzelnen Orten müssen selber für Kontrolle sorgen und nur im Notfall haben sie sich der Kontrolle des Vorstandes zu unterwerfen.

Wannkuch: Auch ich halte den Antrag für unannehmbar, aber daß er gestellt werden konnte, ist ein Symptom dafür, daß etwas in der Presse nicht ganz in Ordnung ist. Auf diese Weise ist dem Uebel jedoch nicht beizukommen. Die Genossen sollten nicht erst, wenn die Karre verfahren ist, an den Partei-Vorstand gehen, sondern eingebend des Spruches, daß Vorsicht die Mutter der Weisheit ist, den Partei-Vorstand vorher um Rath fragen und die Rathschläge auch befolgen. Hoffentlich wird diese Mahnung ihre Wirkung nicht verfehlen.

Nach einem Schlußwort von Windhoff wird der Antrag 86 abgelehnt.

Zur Verhandlung kommt Antrag 90, betr. das **Gumbinner Urtheil**.

Singer: Bevor ich die Unterstützungfrage stelle, glaube ich im Namen des gesamten Parteitages feststellen zu können, daß wir Alle einig sind in der Enttäuschung darüber, daß in Deutschland in der Militärjustiz ein berartig Urtheil möglich ist. (Lebhafte Zustimmung.) Der Schrei der Entrüstung, der durch ganz Deutschland hallte, als das Todesurtheil bekannt wurde und wiederhallte durch die Blätter aller politischen Parteien, ist ein deutliches Zeichen dafür, daß durch diesen Urtheilsbruch das Rechtsbewußtsein des gesamten Volkes auf das Größteste verletzt ist. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Daß es nötig ist, einen Protest gegen diese Art von Justiz auszusprechen, daß es nötig ist, die Heimlichkeit des Verfahrens in der Militärjustiz zu verurtheilen, ist, glaube ich, die Meinung aller hier Anwesenden. Dies auszusprechen halte ich für meine Pflicht, umso mehr, da ja schon ein Theil dessen, was hier beantragt ist, der Fraction überwiesen ist. (Beifall.)

Worckwald-Galberstadt: Nach den treffenden Ausführungen Singer's ist der Zweck der Antragsteller vollständig erfüllt. Der Zweck war einzig ein flammender Protest des Parteitages gegen die unerhörten Zustände auf dem Gebiete des Militär-Strafverfahrens. Nachdem die treffenden Worte Singer's den Beifall des gesamten Parteitages der Sozialdemokratie gefunden haben, ziehe ich den Antrag zurück.

Es folgen die Anträge, die sich auf die Tagesordnung des nächsten Parteitagcs beziehen, und zwar die Anträge 55—58, sowie folgender Antrag Mollenbuhr und Genossen:

„Der Parteitag möge den Wunsch aussprechen, daß auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gesetzt wird: „Die Stellung der sozialdemokratischen Partei zur Arbeiterversicherung.“

Die Anträge 55, 56 und 57 verlangen die Behandlung der Alkoholfrage, 58 die „Aufgaben der Partei auf dem Gebiete des Kommunalwesens.“ Sie werden gemeinsam verhandelt.

Pfaanluch erklärt, daß die Genossen des dritten Berliner Wahlkreises Wertb darauf legen, festzustellen, daß sie den Antrag 55 nicht unterstützt haben. (Riescl: Die Genossen von Berlin VI auch nicht). Doch einzeln wenigstens.

Die Begründung der Anträge betr. der Alkoholfrage giebt

Markwald-Halberstadt: Nachdem es mir gelungen ist, diesen Antrag vor dem behliehemiltischen Kindermord zu retten, der in der letzten Sitzung des Parteitages statzgefunden pflagt, muß ich ihn kurz begründen. Kurz nach dem Mainzer Parteitage fand die Generalversammlung des Evangelischen Bundes statt und da wurde gesagt, die Sozialdemokratie habe nicht den Muth gehabt, zur Alkoholfrage Stellung zu nehmen. Die Sozialdemokratie hat die Pflicht, das Volk zu erziehen, sie darf nicht davor zurückschrecken, den Arbeitern die Wahrheit zu sagen. Das Gesundheitsbüchlein, das das Reichs-Gesundheitsamt zum Preise von 1 Mk. herausgegeben hat, ist auch von unserem Standpunkt außerordentlich werthvoll. Der Trinkzwang, der in Studenten- und Offizierskreisen besteht, besteht ganz genau so in Arbeiterkreisen und beschämender Weise auch in vereinzelten Parteikreisen. (Unruhe.) Wir haben manche häßliche Gewohnheit schon beseitigt, weshalb soll die Partei nicht auch diese abschaffen können. Man hält uns entgegen, der Alkoholismus sei verursacht durch die elende Lage der Proletarier, die schlechten Löhne. Umgekehrt aber find auch vielfach die Löhne so schlecht, die Lage der Arbeiter so traurig wegen des Alkoholismus. In Halberstadt giebt es Maurer, die 60 Pf. täglich für schlechten Schnaps ausgeben, zum Vortheil der Faseljunter. Die Polizei muß Genossen, welche den Belfeiertag der Arbeiter besudeln, festnehmen, und die Partei darf das ruhig mit ansehen! (Große Unruhe. Frohme ruft: Wenn man den Mann da hört, sollte man glauben, die Partei bestehe aus lauter Säufem!)

Singer: Wir wollen uns doch nicht die letzten Stunden des Parteitages durch überflüssige Unruhe erschweren!

Meister ruft: Aber auch nicht durch unnütze Reden! (Beifall.)

Markwald: Daß die Partei aus lauter Säufem bestehe, habe ich nicht gesagt; dazu gehört eine starke Phantasie. Der Vorsitzender unserer österreichischen Bruderpartei, Genosse Adler, den wir die Ehre hatten unter uns zu setzen, hat sich ja in noch viel radikalere Weise, wie ich, gegen den Alkoholismus gewandt und Genosse Webel hat auf dem Parteitage in Hannover konstatiert, daß wir weiter wären, wenn Jeder so wenig trinken würde wie er. Wenns sogar Leute giebt, die in der Partei eine kleine Rolle spielen und der Trunksucht fröhnen, so schadet das der Partei viel mehr, als irgendwelche theoretischen Vorträge. Galten wir uns in dieser Frage die Worte Lassalle's vor Augen: „Es ziemen Euch nicht mehr die Laster der Unterdrückten, noch die müßigen Bestrebungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinm der Unbedeutenden.“ Die Arbeiter sind der Fels, auf welchem die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll.“ (Beifall und Unruhe.)

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Riescl-Berlin widerspricht dem Schlußantrag, da die Worte des Vortredners, die eine Anklage gegen die Partei bedeuten, nicht unviderwprochen bleiben dürften.

Der Schlußantrag wird angenommen, die Anträge 55—57 selbst werden gegen eine erhebliche Minderheit abgelehnt.

Den Antrag 58 begründet

Ulbrecht-Halle: Sehr häufig sind sich unsere Vertreter in höchsten Körperchaften über ihre Haltung nicht ganz klar, es fehlt uns an einer bestimmten Richtung, da auf diesem Gebiete häufig Fehler vorkommen. Gätten wir eine Ausstellung der Stegmüllereien in Gemeindevertretungen, Sie würden für blaues Wunder erleben. In allen Fragen kann natürlich keine Einheit erzielt werden, wohl aber müssen wir uns über wichtige prinzipielle Fragen einig werden.

Ohne weitere Debatte wird Antrag 58 angenommen.

Den Antrag: auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages die Frage zu setzen „Die Sozialdemokratie und die Arbeiterversicherung“ begründet

Mollenbuhr: Die Stellung unserer Partei zur Arbeiterversicherung haben wir bisher noch niemals präzisirt, wir haben vielmehr stets der Fraktion überlassen, wie sie sich zu den einzelnen Vorlagen verhalten will. Es ist nun einmal nöthig, diese Frage etwas eingehender zu diskutieren und der Partei eine Marchroute zu geben. Das ist nun so nothwendiger, als die Regierungen anderer Länder sich gegenwärtig mit dieser Frage beschäftigen und eine Stellungnahme der Arbeiter Deutschlands würde von Einfluß auch auf die Lage der Arbeiter anderer Länder sein können. Wenn die Frage, die eine sehr umfassende ist, im Laufe des Jahres eingehend diskutiert wird, so wird sie auf dem nächsten Parteitage vielleicht nach kurzer Verhandlung in einer einfachen Resolution erledigt werden können; sollten sich aber tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten ergeben, ist es erst recht nöthig, in eingehender Resolution Klärung zu schaffen. Es ist ein wichtiges Stück praktischer Sozialpolitik und verdient auch eine theoretische Behandlung. (Beifall.)

Der Antrag Mollenbuhr wird angenommen.

Singer theilt nunmehr das Resultat der Wahl der Parteileitung mit. Abgegeben sind 212 Stimmzettel, von denen 4 für die Kontrollkommission ungültig waren, weil mehr als 9 Namen darauf standen.

Für den **Partei-Vorstand** wurden abgegeben: Für Webel als Vorsitzenden 211, für Singer als Vorsitzenden 209, für Pfaanluch als Sekretär 210, für Auer als Sekretär 208, für Gerisch als Kassier 210 Stimmen. (Wegner und Dr. Braun erhalten je eine Stimme.)

Als **Kontrollenre** wurden gewählt: Wegner-Berlin mit 179, Meister mit 178, Frau Reikin mit 171, Roden mit 158, Roenen mit 148, Ehrhart mit 135, Prübe mit 134, David mit 108 und Bod mit 70 Stimmen. Außerdem erhielten Dubber 60, Farr 56, Emmel 50, Scheibemann 44, Rath 42, Bartels 39, Ewald 41, Käppler 40, Große 36, Kapfopf 20 Stimmen.

Singer ersucht die neugewählten Kontrollenre, sich zur Wahl der beiden Beisitzer zur Ergänzung des Vorstandes zurückzuziehen.

Nunmehr wird in der **Berathung der Anträge** fortgefahren.

Der Antrag 59 (Abhaltung des Parteitages zwischen Weihnachten und Neujahr) wird nicht genügend unterstützt.

Der Antrag 60 wünscht eine Verlegung des nächstjährigen Parteitages herab, daß auch die Wahlkreise der hiesigen Provinzen ihn beschiden können.

Singer: Bei der allgemeinen, unbestimmten Fassung dieses Antrages ist sein Zweck wohl durch seine Verlesung erfüllt. (Zustimmung.)